Von Knut Mellenthin
22.04.2020

Mit Sicherheitsabstand

Israel: Tausende demonstrieren in Tel Aviv gegen »Aushöhlung der Demokratie«. Opposition tritt gemeinsam auf

Corinna Kern/REUTERS

Platz genug: Auf dem Rabin Square in Tel Aviv lässt es sich auch mit physischer Distanz protestieren (19.4.2020)

In Israel gehen trotz der Einschränkungen aufgrund der Coronapandemie die Demonstrationen weiter. Am Sonntag abend nahmen mehrere tausend Menschen in Tel Aviv, der größten Stadt des Landes, an einer Kundgebung auf dem Rabin Square teil. Der Platz ist nach dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Jitzchak Rabin benannt, der dort am 4. November 1995 von einem rechtsreligiösen Fanatiker ermordet worden war. Das Areal ist geräumig genug, um auch einer größeren Versammlung die Einhaltung des verordneten Sicherheitsabstands zu ermöglichen. Nach Angaben der Veranstalter

beteiligten sich mehr als 5.000 Menschen am Protest gegen die »Aushöhlung der Demokratie«.

Aktionen dieser Art, für die (neben der blau-weißen Nationalflagge) schwarze Fahnen zum Symbol geworden sind, finden in Israel trotz aller sonstigen, durchaus einschneidenden Beschränkungen des Lebens schon seit Wochen statt. Die Teilnahme an Demonstrationen gehört dort neben Einkäufen und Arztbesuchen zu den lebenswichtigen Tätigkeiten, die von dem allgemeinen »Lockdown« ausgenommen sind. Trotzdem gibt es, vor allem gegen unangemeldete kleinere Aktionen, auch manchmal Übergriffe der Polizei, nach denen sogar noch hohe Geldstrafen verhängt werden.

Die mit dem Infektionsschutz begründeten Beschränkungen sind ansonsten in Israel ungewöhnlich streng. So wurde erst vor wenigen Tagen der Umkreis um die eigene Wohnung, in dem man Spazierengehen oder Sport treiben darf, wenigstens von 100 auf 500 Meter erweitert. Die Zahl der Teilnehmer an familiären und religiösen Feierlichkeiten bleibt auch nach den gerade verkündeten Erleichterungen auf 20 beschränkt.

Die Kundgebung auf dem Rabin Square hatte erstmals einen ausgesprochen parteipolitischen Charakter. Während der Veranstaltung sprachen die wichtigsten Vertreter der Opposition: Jair Lapid und Mosche Jaalon, deren Parteien am ehesten mit der deutschen FDP zu vergleichen sind, Aiman Auda von der überwiegend arabischen Gemeinsamen Liste, und der Abgeordnete Jair Golan von der linken Meretz-Partei. Ein derartiges gemeinsames Auftreten wäre noch vor wenigen Monaten unmöglich gewesen, weil die Gemeinsame Liste von fast allen anderen Parteien ausgegrenzt wurde.

Der Protest richtete sich auch gegen den bisherigen Oppositionsführer Benjamin Gantz, der zuletzt mit Benjamin Netanjahu über die Bildung einer gemeinsamen Regierung verhandelt hatte, obwohl er vor den Wahlen, die am 2. März stattfanden, immer wieder beteuert hatte, niemals zu einer Koalition mit dem Chef der rechten Likud-Partei bereit zu sein. Das von Gantz repräsentierte Wahlbündnis »Blau-Weiß« ist durch dessen Kurswechsel zerbrochen.

Die Parteien von Lapid und Jaalon, die am Sonntag auf dem Rabin Square sprachen, waren Teil dieses Wahlbündnisses gewesen. Lapid, ein bekannter Journalist und Autor, sagte in seiner Rede: »Das ist die Art, wie Demokratien im 21. Jahrhundert sterben. Sie

werden nicht von Panzern weggefegt, die das Parlament stürmen. Sie sterben von innen. Vor fünf Jahren war die Türkei noch eine funktionierende Demokratie. Vor vier Jahren war Ungarn noch eine Demokratie. Sie starben von innen. Weil gute Leute schwiegen und schwache Leute kapitulierten.«

Nach der Wahl vom 2. März, der dritten innerhalb von elf Monaten, hatte Präsident Reuven Rivlin zunächst Gantz mit der Regierungsbildung beauftragt, weil die ihn unterstützenden Parteien eine Mehrheit von 61 der 120 Abgeordneten repräsentieren. Nach Ablauf der regulären Frist von 28 Tagen hatte Rivlin das Mandat einmalig um 48 Stunden verlängert. Als die Verhandlungen von Gantz mit Netanjahu weiter erfolglos verliefen, schaltete der Präsident am vorigen Donnerstag die Knesset ein. Wenn es dem Parlament nicht gelingt, sich innerhalb von 21 Tagen auf einen Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten zu einigen, wäre automatisch ein vierter Wahlgang fällig. Für diesen Fall sagen Umfragen eine regierungsfähige Mehrheit von 64 Sitzen für Netanjahu voraus, ohne dass er Gantz benötigen würde.

Junge Welt 21.04.2020